



Großer Sieg der Bürgerinitiative SOS-Mühlenkamp erfolgreichster Bürgerentscheid

Heute wir – morgen ihr!

71 % der Wahlberechtigten in Hamburg-Nord stimmten für die Forderung der Bürgerinitiative SOS-Mühlenkampkanal: „Der Mühlenkampkanal soll umgrünt und Erholungsgewässer bleiben“. Die Wahlbeteiligung lag mit 29 % so hoch wie noch nie zuvor. Damit konnte sich die Initiative gegen Investoren und große Teile der Bezirksversammlung durchsetzen. Dieser deutliche Bürgerentscheid müsste den Politikern einen klaren Hinweis geben, dass nicht blindlings gebaut werden darf. Besonders nicht, wenn ein Investor mit vagen Versprechungen von scheinbar günstigem Wohnraum viel Geld in seine Taschen wirtschaften will. Schon 2009 wollte die Robert Vogel KG, das grüne Ufer des Mühlenkampkanals mit ca. 80 zusätzlichen Wohnungen dicht bebauen. Der gültige Bebauungsplan ließ keine Nachverdichtung zu. Selbst für den Bau von nur 40 Wohnungen gab es keine Mehrheit in der Bezirksversammlung. Da Olaf Scholz das ‚Bündnis für das Wohnen‘ ausrief, witterte im Februar 2017 der Investor wieder Goldgräberstimmung. Auf den schmalen Grünstreifen zwischen den Mühlenkampkanal und drei bereits bestehenden 13geschossigen Hochhäusern sollten nun rund 120 Wohnungen gequetscht werden. Gute Argumente gegen die Bebauung stießen auf taube Ohren.

Bei so viel Ignoranz wuchs die Enttäuschung bei den Anwohnern im Quartier. Es war folgerichtig, dass sich eine Bürgerinitiative gründete und ein Bürgerbegehren gegen diese Bebauung beschloss.

Daher diskutierten Politiker in den Medien, wie man mit einer Senatsanweisung oder einer Evokation das Bürgerbegehren aushebeln könne. Und der Investor forderte eine Unterlassungserklärung von den Vertrauenspersonen. Die Behauptung, der Mühlenkampkanal sei ein Erholungsgewässer, sollte bis zu bis 500.000 € kosten, obwohl das im Sommer offenkundig der Fall ist. Trotzdem saß der Schreck tief. Erst das Hinzuziehen eines Anwalts brachte wieder Beruhigung.

Nach zwei Monaten war ein Drittel der erforderlichen Unterschriften zusammengekommen. Dadurch durfte das Bezirksamt den Bebauungsplan zunächst nicht weiterverfolgen. Während die Sympathie in der Bevölkerung wuchs, war Rot-Grün verärgert. Von den Parteien unterstützte nur DIE LINKE die Initiative mit Rat und Tat. Im Januar 2018 kam das Bürgerbegehren offiziell zustande.

Gespräche im Rathaus führten zu nichts, denn die wichtigste Forderung der Initiative, deutlich weniger zu bauen, wurde nicht erfüllt. Nur durch Masse ließe sich Wirtschaftlichkeit erzielen, meinte der Investor. Die Initiative brach die Rathausgespräche wegen fehlender Erfolgsaussicht ab und ließ die Bürger entscheiden. Die taten das mit großer Mehrheit für die Initiative.

Trotz des eindeutigen Wählervotums gibt es bis heute bei den Bezirkspolitikern von SPD, Grünen, CDU und FDP immer noch kein Einsehen. Sie könnten mit ihrer Mehrheit durch einen Beschluss den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Winterhude 23 für immer beenden. Stattdessen lassen sie ihn nur ruhen. Der Kampf geht also weiter. Den Denkkzettel für ihr Taktieren dürfen sich die Politiker im Mai 2019 bei der Wahl zur Bezirksversammlung abholen.

Die Initiative SOS-MÜHLENKAMP ist ihren zahlreichen Unterstützern zu großem Dank verpflichtet. Das waren die vielen Einzelkämpfer beim Unterschriften-Sammeln und beim Verteilen von Flyern, weiter natürlich DIE LINKE, das NORDNETZ und besonders auch MEHR DEMOKRATIE. Viele haben Zeit und Engagement eingebracht, andere haben mit Spenden ermöglicht, dass viele Bürger erreicht werden konnten.

Thomas Voigt, SOS Mühlenkampkanal

Hamburg als Beute Wir dürfen die Stadt nicht den Investoren überlassen



Kein Klimaschutz

Da müssen Schulkinder ran, weil die verantwortliche Generation komplett versagt. In Hamburg fallen Grünflächen und Bäume dem Wohnungsbau zum Opfer. Laut rot-grünen Senat zum Wohle aller. Stimmt das?

In einem Stadtstaat sind Flächen begrenzt und da sei es nun mal erforderlich auch Parks, Schrebergärten oder andere Grünflächen zu bebauen. Trotz Verpflichtung, Bäume und Grünflächen zu ersetzen, fällt immer mehr der Bebauung zum Opfer. Bauherren können statt Bäume nach zu pflanzen, einen Ausgleich zahlen. Die Stadt verfügt über Ausgleichsflächen außerhalb von Hamburg, wo Naturschutzmaßnahmen zum Ausgleich von hier wegfallendem Grün realisiert werden. Der Nabu schätzt die Größe auf ca. 100 Fußballfelder. Mehr dazu in dem Artikel auf der Rückseite. Fehlendes Grün schadet nicht nur der Umwelt, sondern auch uns. Denn die Luft wird schlecht und an heißen Tagen bleiben die Kaltluftströme aus, die die überhitzte Stadt abkühlen könnten. Die Zahl der Hitzetoten wird sich dramatisch erhöhen, laut einer Studie in London auf die dreifache Menge in den kommenden Jahren. Eine entsprechende Studie zu Hamburg steht noch aus.

Kein bezahlbarer Wohnraum

Auf www.hamburg.de kann jeder lesen, dass der Senat mit seinem Wohnungsbauprogramm „zur Verbesserung des Wohnungsangebots für Menschen mit geringem Einkommen“ beitragen möchte. Da helfe vor allem viel Bauen, damit die Mieten nicht steigen. Dafür sei der Vertrag für Hamburg – Wohnungsbau geschlossen worden – nämlich 10.000 neue Wohnungen pro Jahr zu bauen, davon. Klingt gut.

Aber was steckt wirklich dahinter?

1. Gab es in den 80er Jahren noch 350.000 Sozialwohnungen, sind es heute nur noch 77.500. Trotz jährlich 3.000 neuer geförderter Wohnungen, fallen mehr aus der Mietpreisbindung als nachgebaut werden.

2. Die Mieten steigen weiterhin stärker als die Einkommen. Denn nicht viel Bauen hilft, sondern viele günstige Wohnungen zu bauen hält das Mietenniveau niedrig.

Also selbst wenn eine Familie in eine geförderte Wohnung einzieht, muss sie sich nach 15 Jahren eine neue suchen, da die Mietpreisbindung als Sozialwohnung ausgelaufen sein wird. Eine wirklich günstige Wohnung wird sie im alten Umfeld nicht finden, weil es bis dahin noch weniger Sozialwohnungen geben wird. Die Mieten werden so gestiegen sein, dass auch eine normale Wohnung noch weniger bezahlbar sein wird.

Dann kann sie ja aus Hamburg wegziehen, wenn die Stadt zu teuer ist, mag man jetzt denken. Bis man selbst betroffen ist, weil sich die Schraube immer weiterdreht.

Wie sehen Städte aus, in denen Kinder, Alte und Leute mit weniger Geld nicht wohnen können? Wohin führt es, wenn dieses Prinzip in aller Konsequenz durchgezogen wird? Wer in London durch Notting Hill spaziert, erlebt ein Freilichtmuseum, so unwirklich ist das Leben dort. Die U-Bahnen sind überfüllt, weil die Verkäuferinnen, Bedienung usw. stundenlange Anfahrten haben. Die Menschen auf den Straßen sind Touristen, die Geschäftsinhaber selbst wohnen gerade in ihren Zweit- oder Dritt- Wohnsitzen. Auch die Zentren von z. B. Prag oder Barcelona sind keine Wohnorte, sondern Ausstellungsräume für Touristen und Renditeobjekte für Investoren.

Keine soziale Politik

Da verplant sich der Senat: Geringverdiener durch Großverdiener zu verdrängen, geht nicht auf. Wer in Hamburg eine Villa in Uhlenhorst kauft oder eine Wohnung in den Sophienterrassen oder in der Hafencity, zahlt seine Steuern häufig im Ausland. Dann lieber eine soziale Politik für echtes Leben mit Menschen, die Steuern dort zahlen, wo sie leben.

Warum macht der rot-grüne-Senat das nicht möglich? Warum wird der Verdrängung von normalem Leben kein Einhalt geboten? Als bei einer Versammlung Herr Domres von der SPD angesprochen wurde, wie es in einer Demokratie sein könne, dass investorenoptimierter Wohnungsbau Vorrang gegenüber Bürgerinteressen hat, tönte er, dass das nun mal im Kapitalismus so sei.

Keine Volksvertreter

Das ist das Grundproblem der Sache: Die gewählten Vertreter dieser Stadt sehen sich als Vertreter der Investoren und nicht als Vertreter des Volkes. Wieweit hier Parteispenden eine Rolle spielen oder Einzelpersonen aus Verwaltung oder Politik vom Bauboom profitieren, wird nur in Ausnahmen offenbart.

So weit braucht man in seiner Betrachtung gar nicht gehen. Auch interne Anreize stoßen in die falsche Richtung: Für die Erteilung der Baugenehmigung wird pro Wohnung im Bezirk 250 € an die Bezirksversammlung gezahlt. Dieses Geld können die Fraktionen ausgeben, um somit z. B. ihre Wiederwahl zu fördern. Da über- rascht es nicht, dass das kritische Kontrollieren und das Stellen von sozialen Forderungen zuweilen auf der Strecke bleiben. Kommt es zu einem missliebigen Beschluss einer Bezirksversammlung oder einem Bürgerbegehren oder -entscheid, kann dieser ausgehebelt oder umgangen werden, was leider zu häufig der Fall ist (siehe Übersicht dazu auf www.mehr-demokratie.de). So kann der Senat (zusätzlich zur Evokation) oder lediglich eine Senatskommission – in der auch die Bezirksamtsleiter*innen sitzen – einen Bezirk anweisen, etwas zu tun oder zu unterlassen.

Was kann ich als Bürger dagegen unternehmen?

Steigende Mieten, Abholzen von Bäumen, Zubetonieren von Grünflächen, überhaupt die MISSACHTUNG von elementaren Bedürfnissen aller Bürger führt regelmäßig zu Widerstand. Deshalb halten Sie diese Zeitung in Ihren Händen. 15 Bürgerinitiativen aus dem Hamburg Hamburger Norden haben sich zum Nordnetz zusammengeschlossen.

Hier gilt Gemeinsam sind wir stark. So ist das Interesse an der gesetzlich vorgeschrieben Beteiligung der Bürger*innen im Norden sehr groß. Trotz scharfen Gegenwinds, ist es der Initiative SOS-Mühlenkampkanal gelungen, einen Bürgerentscheid gegen das, für den Investor vielversprechende, Vorhaben herbeizuführen (siehe Artikel links). Bei der Räumung der Schrebergärten des jetzigen Tarpenbeker-Ufers wurde nach jahrelangem engagiertem Einsatz ein Ersatzgrundstück zur Verfügung gestellt. Je mehr Bürger sich engagieren um so mehr entscheiden sie wirklich mit, wie wir leben.

S. Benning und Rachid Messaoudi Redaktion Nordnetz

Inhaltsverzeichnis

Großer Sieg der Bürgerinitiative	Seite 1
Hamburg als Beute	Seite 1
Klimaschaden in Hamburg	Seite 2
Entmietung betrifft uns Alle	Seite 2
Kann das Bienensterben noch abgewendet werden?	Seite 2
Eppendorf 23	Seite 2
Engagement im Viertel	Seite 3
Hier können Sie raten wie Politiker uns verraten	Seite 3
Bezirksversammlungen	Seite 3
Dicke Luft durch schlechte Verkehrspolitik	Seite 3
Zerstörung der Kaltluftachse	Seite 4
Räumung von Schrebergärten	Seite 4
Übersicht der mitwirkenden Inis	Seite 4
Impressum	Seite 4

Weitere Informationen auf: www.nordnetz-hamburg.de

Klimaschaden in Hamburg - Keine Einsicht Im rot-grünen Senat ca. 30 % mehr Flüge geplant



Die Deutschen sind im letzten Sommer so viel geflogen wie nie zuvor. Von April bis Oktober 2018 waren es lt. Statistischem Bundesamt mit 80,5 Mio. Flugtouristen 3 % mehr als im Vorjahr. 70 % davon waren private Urlaubs- und Vergnügungsflüge. Auch Hamburg ist an diesen Zahlen beteiligt:

An den insgesamt 17,23 Mio. Passagieren am Hamburger Flughafen beträgt der Anteil der Hamburger 60 %. Das sind 5,6 Flugreisen pro Hamburger, einschließlich ganz junger oder alter Einwohner und ca. 1.800 kg CO₂-Ausstoß pro Jahr. Bei einer durchschnittlichen Flugstrecke von ca. 1.000 km verursacht jeder Hamburger pro Flugreise ca. 325 kg CO₂.

Der Luftverkehr von und nach Fuhlsbüttel emittiert schon jetzt über 3 Mio. Tonnen CO₂. Laut Umweltbundesamt verursacht eine Tonne CO₂ 180 € Klimaschaden. Die ungedeckten volkswirtschaftlichen Verluste des Hamburger Flugverkehrs liegen bei 540 Mio. Euro jährlich.

Die Fluglärmschutzkommission hatte bereits 2010 beschlossen, dass auch der in Hamburg-Fuhlsbüttel abgewinkelte Flugverkehr bestmöglich zum Schutz des Klimas beitragen muss.

Und was tut der Hamburger Senat? Er lässt den Flughafen und damit den Flugbetrieb weiter expandieren mit einer Riesen-Investition von ca. ½ Mrd. Euro. Geplant sind weitere 9 Mio. Passagiere pro Jahr, eine Steigerung um ca. 30 %, für die ca. 70.000 zusätzliche normale oder 18.000 Großflugzeuge benötigt werden, wobei für die Anwohner aber weder Ohrenschützer noch Atemschutzmasken geplant sind.

Der Dachverband der Bürgerinitiativen gegen Fluglärm in Hamburg e. V. sagt dazu: Luftfahrtindustrie und Flugtouristik werden seitens der Politik, trotz der unstrittig von ihr verursachten Klimaschäden, besonders gefördert und gepflegt. Dieser Trend muss dringend umgekehrt werden. Es besteht keine Notwendigkeit, dass jeder 5-6mal im Jahr eine Vergnügungsflugreise unternimmt. Zu jedem Flugplanwechsel sollte eine Reduzierung um 10 % erfolgen, neue Flugverbindungen sollten nur noch mit emissionsfreien Luftfahrzeugen zugelassen werden.

BIG Fluglärm-Hamburg e. V.
Dachverband der Bürgerinitiativen gegen Fluglärm e. V.
/MHS

Kann das Bienensterben noch abgewendet werden?

Wird über das Bienensterben berichtet, verbinden viele Menschen mit Bienen meistens nur die Honigbiene. Ihre Hauptaufgabe ist die Bestäubung von Blühpflanzen. „Von den 100 wichtigsten Nutzpflanzen der Welt werden 70 % von den Bienen bestäubt. Der weltweite Wert der Bestäubung durch Bienen wird auf 150 Mrd. € geschätzt“ (vgl. Joana Kelén; Tod einer Königin). Das Bienensterben wird in wissenschaftlichen Abhandlungen unterschiedlich bewertet, doch ist die überwiegende Meinung, dass die Honigbiene nicht vom Aussterben betroffen ist.

Es sterben zwar bedeutend mehr Völker als noch vor ein paar Jahren. Besonders seit der Einschleppung der Varroamilbe, die die Völker in ihrer Widerstandskraft schwächt und zu erheblichen Überwinterungsverlusten führt. Auch der Mangel an Nahrung erschwert den Bienen das Überleben, wobei an Stadtstandorten das Nahrungsangebot meist besser ist als in ländlichen Bereichen. Und letztendlich führt auch der sorglose Umgang mit Insektiziden zu einer Schwächung der Bienenvölker. Doch durch die Pflege der Imker und davon gibt es zunehmend mehr, werden die Bienenvölker gestärkt und Verluste ausgeglichen.

Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir es mit einem weltweiten Sterben von Insektenarten zu tun haben. Hier sind besonders die Wildbienenarten zu nennen. Zu den Wildbienen gehören auch alle Hummelarten, die einen entscheidenden Anteil an der Bestäubung von Blühpflanzen haben.

Zu den Gründen des immer schneller voranschreitenden Insektensterbens gehören die intensiv betriebene Landwirtschaft und der Einsatz von Insektiziden und Pestiziden. Durch immer größer werdende Ackerflächen entstehen sogenannte grüne Wüsten. In diesen Monokulturen fehlen Wildpflanzen und Kräuter. Ackerränder werden untergepflügt, da Brüssel landwirtschaftliche Subventionen immer noch mit der Betriebsgröße verknüpft. Je größer der Acker, umso mehr Geld von der EU! So verhungern Insekten schlichtweg in ländlichen Gebieten. Auch finden sie keine Nistorte oder Nistmaterialien. Wildbienen benötigen einen ungestörten Lebensraum. Die Entwicklung vom Ei zur Larve und Puppe bis zur Biene dauert zum Teil mehrere Monate. Ist ihr Lebensraum gestört, können sich die Tiere nicht fortpflanzen. Das Nahrungsangebot in Stadtstandorten ist für Insekten heutzutage größer als in ländlichen Gebieten. Aber auch unsere Gärten und Schrebergärten verkommen immer mehr zu grünen Wüsten, weil sie meistens pflegeleicht angelegt und fast steril aufgeräumt sind.

Es gibt in den Gärten kaum noch Blühpflanzen und ungestörte Nistorte. Auch wird in privaten Gärten immer noch viel zu viel Gift eingesetzt, was die Bienen und andere Insekten stark schwächt. Zudem werden die Sinne (z. B. der Orientierungssinn) der Tiere gestört.

Doch was können wir tun? Alle die wir Gärten und Balkone besitzen, können etwas für das Überleben der Insekten tun. Wenn wir insektenfreundliche Blühpflanzen (z. B. Dost, Borretsch, purpurner Sonnenhut, Ysop, Herzgespann, Stockrose) säen, sorgen wir für ein größeres Nahrungsangebot. Durch eine ‚wilde Ecke‘ schaffen wir Nistmaterial, Nistorte und einen ruhigen Lebensraum für die Tiere. Und der Verzicht von Giften im eigenen Garten sollte selbstverständlich sein. Und wir müssen uns für den Erhalt von vielfältigen Grünflächen in der Stadt einsetzen und weiter gegen eine verfehlte Agrarpolitik wehren, die nur den Profit der Großen über alles stellt und das Tierwohl und das ökologische Gleichgewicht mit Füßen tritt.

H.+S. Bartel; Verein zur Erhaltung der Hummelsbüttler Feldmark e. V.



Entmietung betrifft Alle

Im Gegensatz zu Stadtteilen wie St. Pauli & Sternschanze, fällt Eppendorf aus dem Blick, wenn es um die Problematik der Verdrängung aus dem Viertel geht. Eppendorf gilt als ein ‚Reichenstadtteil‘. Luxusmodernisierungen und Vertreibung der Altmietler könne hier gar nicht stattfinden, da ohnehin alles luxuriöses Eigentum sei. Doch Verdrängung gibt es überall.

Anfang 2018 wurden die Mietshäuser der Erikastr. 43- 45 sowie deren Hinterhäuser 43a-c an die Investorengruppe „Köhler & van Bargaen“ verkauft, die dann sogleich eine Tochter, die „NDG Erikastr. GmbH & Co.KG“ gründete, welche zunächst die Eigentümerin war und zumindest auf dem Papier die Verwaltung der Objekte übernommen hatte. Die Recherche eines Mieters brachte ans Licht, dass die „NDG Erikastr. GmbH & Co.KG“ bereits vor einiger Zeit in die „Beaconlution UG (haftungsbeschränkt), mit einem eingetragenen Kapital von 2.000 Euro, umgewandelt wurde, welche jedoch, laut Handelsregister, seit 25.10.2018 einen bestellten Liquidator hat. Die Mieterinnen sind darüber nicht informiert worden. Die „NDG Erikastr. GmbH & Co.KG“ gilt immer noch als Ansprechpartnerin für die Mieter_innen, obwohl diese Gesellschaft längst aufgelöst zu sein scheint.

Nachdem die Eigentümerin persönlich alle Mieter/innen Anfang 2018 aufgesucht hatte, kristallisierte sich schnell heraus, dass die Mieten nach einer (Luxus-) Modernisierung stark ansteigen würden.

Inzwischen sind von den 18 Wohnungen der Hinterhäuser nur noch 11 von Altmietlern bewohnt. Es fand lange Zeit de facto keinerlei offizielle Kommunikation statt.

Stattdessen unternahm die Eigentümerin nun diverse Maßnahmen zur Entmietung, z. B.:

- keine telefonischer Erreichbarkeit der Vermieterin über mehrere Monate. Auf dem AB hieß es: „alle Mitarbeiter sind für Sie gerade im Gespräch oder für Sie in einem Außentermin...“
- die leerstehenden Wohnungen wurden zumeist komplett entkernt,
- unangekündigte Baumaßnahmen in den leeren Wohnungen, deren Fenster und Türen permanent offenstanden,
- Baulärm und herumliegendes Baumaterial,
- das defekte Tor zum Hinterhof wurde nicht repariert,
- Treppenhausreinigung fand nicht statt und
- Reparaturen fanden nicht mehr statt.

Die Unsicherheit der Mieter/innen wuchs und zudem auch Bedenken hinsichtlich der Liquidität der Eigentümerin, der Rechtmäßigkeit der bereits durchgeführten Baumaßnahmen und der Qualifikation der durchführenden Personen sowie der Statik des Hauses. Der Verdacht lag nahe, durch den Verfall der Häuser den Weg für Wertberichts-kündigungen ebnen zu wollen. In dem heutigen Klima der unbedingten Profitgier und im Lichte dessen, welche Gewinnmargen sich mit Wohnungen erzielen lassen, erschien alles möglich und die Zukunft der Mieter/innen der Erikastr. 43-45, und 43a-c äußerst ungewiss.

Mittlerweile hat die Eigentümerin eine umfangreiche Sanierung der Häuser angekündigt, für die alle Mieter_innen ihre Wohnungen für zehn Monate verlassen sollen. Ob und zu welchen Konditionen eine Rückkehr in die alten Wohnungen danach möglich ist, hängt von individuellen vertraglichen Voraussetzungen und Verhandeln ab – und davon, ob die Häuser die Sanierungsarbeiten überstehen oder womöglich ‚versehentlich‘ zusammenstürzen.

An alle: Verdrängung und Entmietung überall gemeinsam aufhalten!

Martina Wandke und Ulrike Swadzba, Initiative „Wir sind Eppendorf“

Eppendorf kein Dorfcharme mehr keine Kastanien

Es war einmal ein Dorf, das nach und nach zur Stadt wurde und es gab einmal die Erkenntnis in Politik und Verwaltung, dass sich der verbliebene Rest dörflichen Charmes durch einen Bebauungsplan schützen ließe, der Veränderungen in diesem Gebiet im Zusammenhang regelt, statt den Stadtteil durch das Durchwinken einzelner vorhabenbezogener Bebauungspläne stückweise zu verunstalten. Dann gab es aber wohl auch einen smarten Investor, der die Bezirksakteure dazu bewegte, den Aufstellungsbeschluss für den B-Plan „Eppendorf 23“ wieder zu ‚vergessen‘, indem er versprach, Wohn- und Parkraum zu schaffen. Da halfen auch die 5000 für das „Tre Castagne“ gesammelten Unterschriften nichts. Es hieß letztlich: Keine rechtliche Grundlage, um Baumfällung und Abriss zu verweigern. Und so stehen die neuen Klötze mittlerweile schmerzhaft unübersehbar an der Stelle des doch zuvor als evtl. schützenswert erachteten Ensembles aus altem Landhaus und kleinen Handwerkerhäusern am Eppendorfer Marktplatz. Die Kaltmiete für eine 3-Zimmer-Dachgeschosswohnung beträgt dort 3.100 €. Lage und Ausstattung sind aber offenbar doch nicht so attraktiv, dass diese auf die Schnelle vermietet wäre. Irgendwas stimmte da anscheinend nicht an der Argumentation mit dem dringend benötigten Wohnraum im Stadtteil – zu welchem Preis auch immer...Nicht einmal die versprochenen neuen Kastanien sollen gepflanzt werden. Die hätten hier gar keine Chance groß zu werden, heißt es jetzt. Aber neue Gastronomie ist geplant. Nur dürfte sich bei Vielen, nicht nur wegen erwartbar hoher Preise, sondern auch wegen der unappetitlichen Vorgeschichte des Baus die Konsumfreude in Grenzen halten.

Wir sind Eppendorf, D. Klages

Engagement im Viertel

Die BürgerInneninitiative „Wir-sind-Winterhude“ (www.wir-sind-winterhude.hamburg) ist zu einem festen Begriff im Quartier geworden und erhält viel Zuspruch von Institutionen und AnwohnerInnen. Neben dem Engagement gegen die andauernde Mietsteigerung, geht es der Initiative um den Erhalt der Sozialstruktur und den Ausbau und Erhalt der Lebensqualität im Stadtteil auch für Menschen im fortgeschrittenen Rentenalter. Beispiele:

- WsW unterstützte den erfolgreichen Kampf der Initiative „SOS-Mühlenkampkanal“.
- Initiierung der Wiederherstellung des kleinen Erholungsparks in der Dorotheenstraße.
- Engagement für den Bau einer Brücke von der Dorotheenstraße zum Goldbekplatz.
- Engagement für ein bezahlbares soziales Wohnprojekt im Bunker im Kuhnsweg in Winterhude (Projekt „Kunterbunker“) gemeinsam mit der LINKEN im Bezirk.

Alle Parteien unterstützen das Projekt, ebenso Institutionen wie das Goldbekhaus, Q8 und die Bodelschwingh-Stiftung. Die phantasievollen Aktionen sind auf der Homepage (www.kunterbunker-winterhude.de) zu finden. Besonders hervorzuheben sind die Aktionen bei den Neujahrsempfängen im Rathaus (siehe Homepage).

Inzwischen hat sich eine Baugemeinschaft gebildet, die bereit ist das Projekt zu realisieren. Noch verhandelt Hamburg mit der Eigentümerin, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, über eine kostengünstige Abgabe, was seit Herbst 2015 möglich ist.

Es sind noch weitere Anstrengungen nötig, um das Projekt „Kunterbunker“ umzusetzen. Die ersten Erfolge – kein Abriss und Verhandlung mit dem Bund – machen uns Mut!

Hartmut Ring, Koordinator der BürgerInneninitiative „Wir-sind-Winterhude“



Bezirksversammlungen Die sieben Zwerge der Verwaltung

Zu den von den politischen Parteien gerne verbreiteten Irrtümern gehört, dass die Bezirksversammlung ein kommunales Parlament sei.

So schreibt die CDU: „Bezirksversammlung“ ist in Hamburg die Bezeichnung für die kommunalen Parlamente in den sieben Hamburger Bezirken“ (<https://cduhamburg.de/cdu-bezirksfraktionen>) und die Grünen erklären: „Im Prinzip kann man sie sich wie ein kommunales Parlament vorstellen, mit eigenen Ausschüssen und stadtpolitischen Debatten.“ (<https://gruene-nord.de/bezirkswahlen-2019/die-bezirksversammlung>) Auch die SPD spricht von „Bezirksparlamenten“. (<http://www.spd-hamburg-nord.de/abgeordnete/>)

Aber wenn wir am 26. Mai zur Wahl gehen – und das sollten wir alle tun – wählen wir nicht Abgeordnete eines kommunalen Parlaments, sondern die Mitglieder eines Verwaltungsausschusses.

Denn ein echtes Parlament, z. B. der Bundestag, hat die Befugnis, Gesetze zu verabschieden, an die sich Regierung und Gerichte halten müssen, den Etat festzulegen etc.

Solche Befugnisse hat die Bezirksversammlung nicht – auch nicht im Bezirk Hamburg-Nord.

Die Aufgabe der Bezirksversammlung soll die Kontrolle der Bezirksämter sein, allerdings legt m. E. das Bezirksamt selbst fest, in welchen Fällen diese Kontrolle ausgeübt wird (vgl. §19,2 Bezirksverwaltungsgesetz). Außerdem ist da noch der Hamburger Senat. Während es in anderen Bundesländern unterhalb der Landesebene eine Kreisebene gibt, ist Hamburg eine Einheitsgemeinde, an deren Spitze der Senat steht. Der Senat delegiert Aufgaben an die Bezirke wie z. B. Bebauungspläne – und wer delegiert, kann diese Aufgaben auch wieder an sich ziehen (evozieren).

Beschließt also eine Bezirksversammlung etwas, z. B. einen Bebauungsplan, dann kann der Senat diesen Beschluss aufheben und auf Senatsebene über die Sache entscheiden (Evokation).

Brisant wird dieses Evokationsrecht, wenn in einem Bezirk ein Bürgerentscheid einen Beschluss der Bezirksversammlung ersetzt und der Senat diese demokratische Entscheidung der Bürger, des Souveräns, einfach aufhebt.

Initiative Langenhorn 73, Michael Kuckhoff

In eigener Sache:

Wir trauern um unseren aktiven Mitstreiter, Gernot Knop. Er hat über Jahre die Versammlungen geleitet und das Nordnetz mit seiner verbindenden Art und seinen Denkanstößen sehr bereichert. Wir werden ihn sehr vermissen.

Lösung:

1. SPD (Thomas Domres, Fraktionsvorsitzender der SPD in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord; 2. SPD in ihrem Programm vor der letzten Bürgerschafts- und Bezirkswahl; 3. Grundgesetz Artikel 14; 4. SPD, Vertrag für Hamburg zwischen Senat und Bezirken; 5. SPD in ihrem Programm vor der letzten Bürgerschafts- und Bezirkswahl; 6. SPD, Bürgermeister Olaf Scholz vor Vertretern der Immobilienwirtschaft.

Hier können Sie raten wie Politiker uns verraten

Lassen Sie sich überraschen und testen Sie Ihr politisches Wissen:

1. „Wir müssen endlich eine ehrliche Debatte über Ziele und Grenzen von Beteiligungsverfahren führen.“
- SPD-Abgeordneter
 - Grünen-Abgeordneter
 - Vertreter der Wirtschaft

2. „Wir werden die Bezirke in Hamburg stärken.“
- FDP
 - CDU
 - SPD

3. „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“
- DIE LINKE
 - Grundgesetz
 - SED-Parteiprogramm

4. „Die Belange der Bürgerinnen und Bürger sollen zügig in das (Bebauungsplan-)Verfahren eingebracht und angemessen berücksichtigt werden, um breit getragene Planungsergebnisse zu erzielen.“
- CDU
 - SPD
 - Grüne

5. „Wir bekennen uns zu den neuen Möglichkeiten der Volksgesetzgebung. Dass Hamburgs Bürger Gesetze beschließen oder andere Initiativen starten können, soll unangetastet bleiben.“
- Handelskammer
 - DIE LINKE
 - SPD

6. „Erstvermietungen bleiben von der Obergrenze für Mietsteigerungen grundsätzlich ausgenommen, und bei der Wiedervermietung neu gebauter Wohnungen darf der Mietzins natürlich auch weiterhin deutlich über dem Mietspiegel liegen. Das klare Signal in Richtung Wohnungswirtschaft lautet: Investieren Sie! Sie haben Planungssicherheit.“
- Grundeigentümerverband
 - SPD
 - FDP

Sie sind sich versichert, nur die letzte Aussage war jemals ernst gemeint. Auflösung finden Sie unten links.

Michael Kuckhoff, Initiative Langenhorn 73

Dicke Luft durch schlechte Verkehrspolitik

Dem Wohnungsbau folgt zwangsläufig der zugehörige Individualverkehr mit zusätzlichen Verkehrsbelastungen in den geplanten Neubaugebieten.

Wer erwartet, dass die grüne Behörde für Umwelt und Energie hier im Sinne ‚grüner‘ Verkehrskonzepte agiert und damit ihren eigenen Ansprüchen genügt, irrt. Es wird wiederum wider besseres Wissen vor der Autoindustrie kapituliert. Dabei wären wirksame Fahrverbote bzw. Beschränkungen des Individualverkehrs jetzt dringend erforderlich.

Kürzlich wurde in einer großen Aktion des NDR Stickoxidbelastung mit privat angebrachten Messröhrchen gemessen, zusätzlich zu den behördlichen Langzeit-Messstellen.

An vielen Stellen, auch in Hamburgs Norden, wurden erhebliche Belastungen oberhalb bzw. gefährlich knapp unterhalb des gesetzlichen Grenzwertes von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3 \text{NO}_2$ gemessen. Beispielhaft hier einige vom NDR publizierte Messwerte:

Ort	Behördlicher Wert	Messröhrchen
Habichstrasse 59-61	55	
Ohechausee Norderstedt	39	
Stresemannstrasse	45	
Barmbeker Markt		41
Maienweg/ Ratsmühlendamm		40
Winterhuder Weg		34
Saseler Damm		35

Behördlicher Wert angegeben als Jahresmittelwert 2018; beide: $\mu\text{g}/\text{m}^3$ Stickstoffdioxid (NO_2) (www.ndr.de) (Quelle: https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/45_min/Die-groesste-Luft-Messaktion-im-Norden-luft132.html, Literaturhinweis zu gesundheitlichen Folgen: <https://www.ndr.de/ratgeber/gesundheit/Wie-gefaehrlich-sind-Stickstoffdioxid-und-Feinstaub,feinstaub172.html>)

Dauerhaft existierende Umweltprobleme löst man nicht mit noch mehr dieselkraftstoffbetriebenen Bussen, bzw. unflexiblen Gelenkbussen und Taktverdichtung, die man durch enge überfüllte Straßen quält, wenn es doch die Option elektrisch betriebener Netze gibt (z. B. U5), die ausschließlich dem öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung stehen. Das haben die ‚Umweltfreunde in der Stadt‘ jetzt zur Kenntnis genommen.

Hatten die rot-grünen Hamburger Verkehrsplaner lange Zeit propagiert, mit der organisatorischen Kosmetikmaßnahmen, bekannt unter dem Begriff „Busbeschleunigung“, den stark steigenden Fahrgastzahlen im öffentlichen Nahverkehr gerecht zu werden, dämmert nun auch den hoch bezahlten Verantwortlichen, dass die mehrheitliche Bevölkerung, ‚ihre‘ Steuergelder und ‚ihre‘ Fahrpreisentgelte vorrangig für bequeme, umweltfreundliche und lärmgedimmte Verkehrskonzepte weg von der Straße und innerstädtischem Güterverkehr als Pfand für die Zukunft anlegen und effektiv, sicher und schnell befördert werden möchten. Bleibt zu wünschen, dass die Versprechen einer ‚ernstgemeinten‘ Bürgerbeteiligung bei der Planung der U5 auch wirklich eingelöst werden.

Das heißt auch: Die Stärkung der nichtmotorisierten Verkehrsströme (Fußgänger, Radfahrer etc.) muss stärker in den Fokus rücken, z. B. über Tempo 30-Zonen. Eine Sinus-Studie zeigt, dass Hamburgs Radfahrer sich keinesfalls sicher fühlen. Als häufigste Barrieren werden beim Radfahren schlechtes Wetter (63 %), Gefährdung durch andere Verkehrsteilnehmer (53 %), Infrastruktur-Defizite (52 %) und fehlenden sichere Abstellmöglichkeiten (50 %) genannt (im Auftrag von Hamburg Marketing GmbH <https://marketing.hamburg.de/radkampagne-sinus-studie.html>).

Hamburgs Norden braucht eine Verkehrsplanung, die sich an den Bedürfnissen der Fahrgäste und nicht an der Auto- und Wohnungslobby und an einzelnen einflussreichen Verkehrsstrategen und Stadtplanern orientiert. Die Stadtteile mit weniger dicht besiedelten Gebieten in Hamburgs Norden müssen ebenfalls deutlich besser angebunden werden. Diesbezüglich geweckte Erwartungen an die rot-grüne Regierung sind bei weitem nicht erfüllt. Wahlversprechen sind bislang nicht eingelöst worden.

Dipl. Ing. Karin Lange-Puttfarcken, Redaktion Nordnetz

Zerstörung der Kaltluftachse

Das Pflaster wird zu heiß in Hamburg

„Klimaschutz“ wird für die Metropolregion Hamburg bald zum Thema Nummer eins. Das versprach der erste Bürgermeister Peter Tschentscher im Übersee-Club Anfang des Jahres. Die Behörde für Umwelt wird damit eine große Aufgabe erhalten. In Hummelsbüttel sind sich die Bürger nicht ganz sicher, ob das ein ernstzunehmendes Versprechen ist oder ob sich der erste Bürgermeister einfach nur versprochen hat.

Kurzer Rückblick: Die von der Behörde für Umwelt und Energie herausgegebene Broschüre „Biodiversität“ rühmt die seit 1938 unter Landschaftsschutz stehende Hummelsbüttler Feldmark als einen von zehn landesweiten „Hotspots“ für besondere Artenvielfalt. Zu Recht: Hier pfeifen Feldlerchen und Dorngrasmücke in den Knicks zwischen den einhundert Jahre alten kulturhistorischen Landwirtschaftsflächen. Darin eingebettet liegen Naturdenkmäler und Naturschutzgebiete wie das Hüsermoor, Kiwitmoor, Ohlkuhlenmoor und Raakmoor – allesamt Heimat seltener Pflanzen- und Tierarten.

Die Moor-, Wald-, Acker- und Grünflächen sind ein ideales „Kaltluftentstehungsgebiet“ und damit Ausgangspunkt und Teil eines Luftkorridors zur Versorgung Hamburgs mit frischer, kühler und sauberer Luft. Denn nachts sammelt sich über dieser Landschaftsachse kalte Luft bis in eine Höhe von zwölf Metern, die tagsüber in die Stadt zieht und sie kühlt. Und das wird in Zeiten des Klimawandels immer wichtiger.

Der Deutsche Wetterdienst beobachtete in den letzten zehn Jahren eine deutliche Zunahme der sommerlichen Hitzetage. Die Stadt Hamburg hat deswegen bereits im „Klima-plan 2015“ festgestellt: Es darf keine Bebauung in Landschaftsachsen geben. Das wurde dann auch im Regierungsprogramm festgeschrieben: „Landschaftsachsen sind keine Baureserven.“ Doch an der Umsetzung dieser neuen Ziele hapert es noch. Erstaunt mussten die Hummelsbüttler 2016 feststellen, dass in der Feldmark trotzdem gebaut werden sollte. Im Zuge des neuen Baurecht-Paragraphen 246 wurden Wohnblöcke errichtet (Nordnetz berichtete).

Engagierte Bürger gaben den zuständigen Politikern und Behörden wiederholt Informationen über die Funktion der Landschaftsachsen. Und es schien zunächst, als hätte man die Bedeutung der Feldmark für den Klimaschutz verstanden.

Umso erstaunlicher dann der nächste Schritt: Die Politik ließ ein Gutachten erstellen, wofür sie lange suchen musste, bis ‚passende‘ Experten aus Österreich gefunden waren. Das Gutachten von „weatherpark“ kam zu dem Schluss, dass die Bebauung den Zug der Kaltluft nicht störe. Angeblich könne die Kaltluft über eine „grüne Fuge“ neben der Bebauung zur Alsterachse hin ausweichen. Der Clou: Beim näheren Lesen wird ersichtlich, dass das Gutachten in seinen Berechnungen nicht das gesamte Kaltluftentstehungsgebiet der Feldmark berücksichtigt hat, sondern nur exakt die Quadratmeter, die es zu bebauen galt.

Und so wird inzwischen – trotz aller Aufklärung durch städtische Wissenschaftler und Bürger – hier gebaut. Und zwar genau am Auslaufventil der Kaltluft: am südlichen Ende der Feldmark. Viergeschossige Wohnblöcke stehen gerade als geschlossenes Karree, wobei der erste und der zweite Bauabschnitt ausgerechnet nebeneinander platziert wurden. Der Anschluss der Kaltluft an die Alsterachse ist damit erheblich eingeschränkt.

Vor über einhundert Jahren hat der damalige Oberbaudirektor Fritz Schumacher festgelegt, dass die Landschaftsachsen nicht bebaut werden dürfen, damit sie auch künftigen Generationen zu Gute kommen. Die Bedeutung der Hummelsbüttler Feldmark für die Belüftung der Stadt in Zeiten des Klimawandels erreicht die Baubehörde erst allmählich. Peter Tschentscher jedenfalls hat verstanden: „In der Hummelsbütteler Feldmark wird nicht mehr gebaut“, versprach der Erste Bürgermeister Anfang September 2018 auf einer öffentlichen Anhörung im Gymnasium Hummelsbüttel. Und damit es alle verstehen: Er sagte es sogar zweimal. Unsere Aufforderung: Herr Bürgermeister, wer te Vertreter in den Bezirken, halten Sie diesmal Ihre Versprechen! Wir sind gespannt.

Verein zur Erhaltung der Hummelsbüttler Feldmark e. V. (Jens Seyer)



Die Initiativen des Nordnetz

BIG Fluglärm-Hamburg e. V.

www.big-fluglaerm-hamburg.de www.facebook.com/bigfluglaerm/

Eden für Jeden

www.eden-fuer-jeden.de

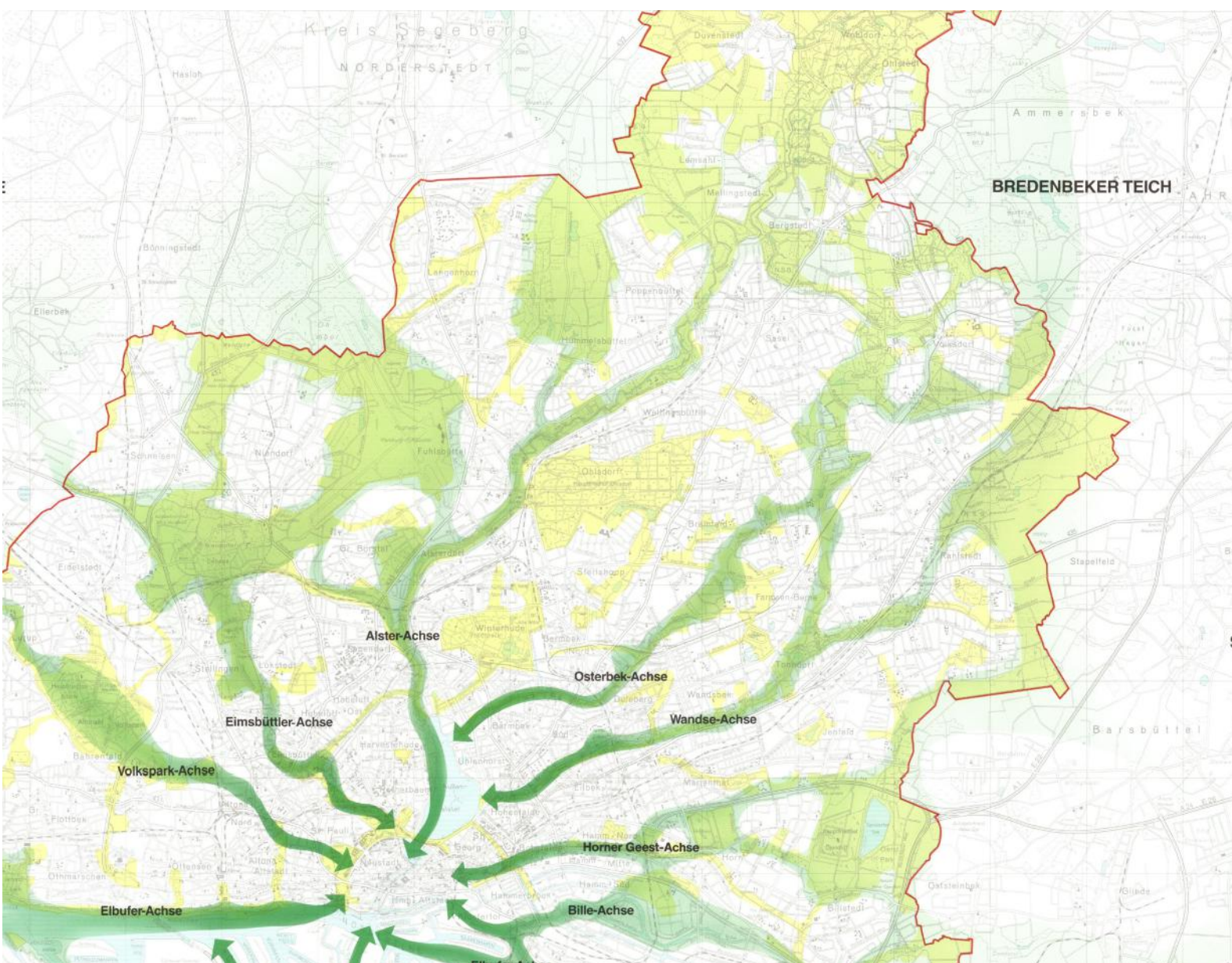
Eibajalla e.V./Wohnprojekt Fuhlsbüttler Straße

www.fuhle.blogspot.eu

Initiative Langenhorn 73

Initiative Siedung Berne

www.siedlung-berne.bplaced.net



„Landschaftsachsenmodell, Konzeptkarte zur Vorbereitung der Aufstellung des Landschaftsprogramms 1997“, - Quelle: FHH, Behörde für Umwelt und Energie“

Räumung von Schrebergärten

Kleingärten in Barmbek und Winterhude schmerzlich vermisst

Zwischen den Straßen Alte Wöhr und Hebebrandstraße entsteht derzeit das Neubaugebiet ‚Pergolenviertel‘. Hier gab es ursprünglich 330 Kleingärten auf 32 ha Kleingartenfläche, die seit fast 100 Jahren bestand. Die Rodung des Geländes ist zusammen mit der Abholzung des benachbarten Gleisdreiecks für den Busbetriebshof eine weitere große Zerstörung von Grünflächen in Hamburg in den letzten Jahren. Für das ‚Pergolenviertel‘ wurden ca. 1.000 und für das Gleisdreieck ca. 2.800 Bäume gefällt. Damit wurden Grünflächen mit einer hohen Artenvielfalt zerstört, die außerdem eine wichtige Aufgabe zur Versorgung der zu dicht bebauten Stadtgebiete mit Kaltluft hatten, um Hitzetote an heißen Sommertagen zu verhindern. Zwar blieben dort nördlich und südlich der Jahnbrücke Flächen für Kleingärten bestehen, aber mittels Neuaufteilung des Gebiets wurden nur ca. 50 % der ursprünglich vorhandenen Parzellen geschaffen. Davon wurde nur ein verschwindend geringer Teil mit altem Bewuchs erhalten.

60 Parzellen wurden im ehemaligen Anzuchtgarten des Stadtparks neu hergerichtet. Hier kommt dazu, dass das Gelände vorher schon zur Pflanzenanzucht genutzt wurde und jetzt dem Stadtpark als Fläche nicht mehr zur Verfügung steht.

Das Fazit: Für Bewohner der umliegenden Stadtteile, insbesondere Barmbek und Winterhude, sind 100 Kleingartenparzellen verschwunden und fehlen jetzt.

Der so stark dezimierte ‚GBV Heimat Alsterdorf‘ mit seinen 170 Parzellen hat inzwischen 118 Anwärter auf der Warteliste. Bedauerlicherweise gibt für Kinder immer weniger Möglichkeiten eigene Pflanzen anzubauen und eine Verbindung mit der Natur und natürlichem Essen zu erleben. Das Bundeskleingartengesetz sieht eine Ersatzpflicht der Gemeinden, in diesem Fall der Stadt Hamburg, vor. Für Kleingärten, die wie in diesem Fall dem Wohnungsbau zum Opfer fallen, müssen Flächen für Kleingärten neu zur Verfügung gestellt werden. Schön in der Theorie, die Praxis sieht anders aus.

Leider ist die Stadt Hamburg nicht verpflichtet, die Ersatzflächen in der Nähe der alten Flächen bereitzustellen. Und da die Gemeinde Hamburg eben so groß ist wie die Stadt Hamburg kommt es dazu, dass jeder Hamburger einen Kleingarten am Stadtrand pachten kann, aber nicht in wohnungsnahen Stadtteilen.

Der letzte Sommer hat gezeigt, dass es nicht möglich ist, einen Kleingarten nur am Wochenende zu pflegen. Viele Pflanzen wären dann einfach vertrocknet. Aber nach Feierabend mal eben von Winterhude nach Langenhorn in den Kleingarten? Und das dann noch möglichst ökologisch ohne Auto, sondern mit Fahrrad oder öffentlichen Verkehrsmitteln?

Kleingärten dienen auch einem sozialen Zweck. Bewohner von Geschosswohnungen, die sich kein Haus mit Garten leisten können, sollen die Möglichkeit haben, ihre Zeit im Grünen und an der frischen Luft verbringen zu können.

Gleichzeitig können die Kleingärtner sinnstiftende wichtige ökologische Beiträge für ihren Stadtteil leisten. Kleingärten besitzen eine hohe Artenvielfalt an Wildbienen und anderen Insekten, Molchen, Kröten, Fröschen, Eidechsen und Vögeln. Weiterhin sind alle stadtnahen Kleingartenflächen in der ‚Stadtklimatischen Bestandsaufnahme‘ für Hamburg (<http://www.hamburg.de/hamburg-ist-gruen/3519286/stadtklima.html>) als ‚Flächen mit hoher und sehr hoher stadtklimatischer Bedeutung‘ ausgewiesen, das heißt, es sind Flächen, die eine wichtige Funktion zur Abkühlung von zu dicht bebauten Wohngebieten haben.

Initiative ‚Eden für Jeden‘ Uwe Putfarcken

Ausführliche Hintergrundinformationen zur Bebauung Pergolenviertel finden Sie unter <http://www.eden-fuer-jeden.de>.

SOS Mühlenkampkanal

www.sos-muehlenkampkanal.de

Verein zur Erhaltung der Hummelsbütteler Feldmark e. V.

www.feldmark.info

Wir sind Eppendorf

www.wirsindeppendorf.wordpress.com

Wir sind Winterhude

www.wir-sind-winterhude.hamburg

Impressum:

Die Initiativen sind für ihre jeweiligen Artikel verantwortlich.
V. i. S. d. P. Nordnetz-Hamburg, Karin Lange-Puttfarcken,
Martin-Haller-Ring 20, 22303 Hamburg